

## Deutschland vor dem wirtschaftlichen Abschwung

Konzerne, denen es gerade wirtschaftlich nicht gut geht besetzen bereits Posten nicht mehr neu, wenn diese frei werden, weil Mitarbeiter kündigen oder in Rente gehen. Maximal werden die Verträge von Leih- und Zeitarbeitern nicht verlängert. Ungewöhnlich ist die Krise diesmal auch, weil sie nur von einer einzigen Branche ausgeht. Die Autobranche ist in Deutschland allerdings so mächtig, dass sie weitere Industriezweige ins Verderben zieht: Fünf der zwölf börsennotierten Zulieferer im Land haben dieses Jahr etwa eine Gewinnwarnung ausgegeben. Auch der Maschinenbau und die chemische Industrie hängen am Autobau. Beide erwarten in diesem Jahr branchenweit einen Rückgang der Umsätze. Diese drei Branchen machen in Deutschland einen wesentlichen Anteil des Bruttoinlandsproduktes aus. Sie liegen alleine bei acht Prozent. Hinzu kommen andere schwächelnde Industriezweige, etwa die Stahl- und Metallbranche. Sie alle sind stark exportorientiert – in Zeiten von Handelskriegen und sinkendem Welthandel ist das wenig ertragreich.



Die Düsseldorf Friseurin Düsselhoff hat es ausländischen Bewerbern ermöglicht, in einem Vollzeitkurs binnen drei Wochen eine Gleichwertigkeitsprüfung zum Meister zu machen. Damit erhalten diese einen als gleichwertig mit dem Meister anerkannten Abschluss, der sonst fünf Monate dauert. Mit diesem Abschluss können sie sich danach selbstständig machen. Möglich ist dieser Vorgang durch ein Gesetz, dass seit 2012 in Kraft getreten ist. Danach können Migranten aus Nicht-EU-Länder in einem zulassungspflichtigen Beruf arbeiten. Die Bundesregierung will so gegen den angeblichen Fachkräftemangel in Deutschland vorgehen.

## Polizisten häufen immer mehr Überstunden an

Bundesweit häufen sich die Überstunden von Polizisten im hohen siebenstelligen Bereich. Eine Verbesserung der Gesamtlage ist aufgrund des Personalmangels nicht zu erkennen. So haben z.B. in Schleswig-Holstein Polizisten binnen zehn Monaten 118.000 weitere Überstunden geleistet. Damit erhöhten sich diese alleine dort zum 30. September auf 553.000. Zum Stichtag 30. November 2018 waren es 435.000 Überstunden, nach 450.000 ein Jahr zuvor und 358.000 Ende November 2016.

Auch wenn Überstunden in einsatzärmeren Zeiten in den nächsten Wochen abgebaut und auch ausgezahlt werden können, zeichnet sich im Jahresvergleich eine Steigerung ab. Die Demonstrationen u.a. von Kurden oder Klima- und Umweltschützern haben viele Polizeikräfte gebunden. Auch zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober bauten viele Polizisten weitere Überstunden auf, um entsprechenden Schutz zu gewährleisten.

## 2/3 aller Asylbewerber ohne Asylgrund in Deutschland

Rund zwei Drittel der Asylbewerber und sog. "Flüchtlinge" die nach Deutschland kommen haben keinen Asylgrund, dürfen aber trotzdem aus den verschiedensten Gründen im Land verweilen. Diese Kritik von unserer Seite ist bekannt. Nun äußerte sich aber Hans-Eckard Sommer, Leiter des BAMF, und bestätigte unsere Stellungnahmen indirekt. In diesem Jahr rechnet er zudem mit rund 140.000 Erstanträgen.

Trotz der Senkung zeigte sich der Leiter des BAMF mit den Zahlen noch nicht zufrieden und führte aus: „Auch wenn die Behörden die derzeitigen Mengen bewältigen können, kommen noch zu viele auf dem Asylweg“.

Nur 35 bis 38 Prozent aller Asylanträge werden anerkannt. Das heißt: Fast zwei Drittel der Personen, die nach Deutschland kommen, haben keinen Asylgrund. Trotzdem wird nur ein Bruchteil von ihnen abgeschoben. Selbst Kriminelle brauchen oftmals nicht zu fürchten, dass sie aufgrund ihrer Straftaten unser Land wieder verlassen müssen. So werden medial regelmäßig kleinere Abschiebungen von 10 bis 20 Personen gefeiert, obwohl diese geringe Zahl kaum bei der anwesenden Masse ins Gewicht fällt. Häufig sorgen abgelehnte und nicht abgeschobene Asylanten für erhebliche Mehraufwendungen bei den Kommunen, die die Unterbringungskosten selber tragen müssen.

Sommer äußerte sich auch über den Umgang mit Informationen, die durch die nun mögliche Auswertung von Handys und Datenträgern gewonnen werden. Wenn diese eventuell sicherheitsrelevante Informationen erhalten, werden sie an die zuständigen Sicherheitsbehörden zur weiteren Auswertung übermittelt.

Für die Filterung und Analyse aller Hinweise gebe es eine eigene Abteilung. „Viele Erfolge bei der Terrorismusbekämpfung kamen auch durch unsere Hinweise zustande. Das BAMF sieht sich deshalb als Sicherheitsbehörde“, so Sommer.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Berlin: Linksextremisten greifen erneut Polizisten an

Linksextremisten betrachten häufig ganze Stadtteile als "ihre Zone". Dabei versuchen sie eigene Regeln aufzustellen und zeigen sich gegenüber staatlichen Anweisungen belehrungsresistent. Diese Einstellung spiegelt sich auch in dem Verhalten gegenüber der Polizei und anderen Ordnungs- und Sicherheitsbehörden wieder. Einer der Brennpunkte in Deutschland ist Berlin. Hier wurden Polizisten erneut im Bereich der Rigaer Straße von vermuten Linkschaoten angegriffen und Opfer völlig enthemmter Gewalt.

Am Rande der Demonstration in der Rigaer Straße bewarfen Linke die Beamten mit Böllern, Steinen und Flaschen. Auch Farbbeutel seien geflogen, teilte die Polizei später mit. Dabei seien mindestens 16 Polizisten verletzt worden. Randalierer hätten außerdem einen Bauzaun umgerissen und eine Scheibe eines Bauwagens eingeworfen. Ein Teil der Protestierer trug dabei schwarze Vermummung, so wie es häufig bei derartigen Kundgebungen der Fall ist.

Nur drei Personen konnten vorläufig festgenommen werden. Mehrere Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, Körperverletzung und Landfriedensbruchs wurden eingeleitet. In der Mitteilung der Polizei wird außerdem ein weiterer Vorfall in den Zusammenhang mit der Demonstration gebracht: Unbekannte hatten die Bußgeldstelle der Polizei mit Steinen und Farbbeuteln beworfen.

Hauptforderung der Demonstranten war nach eigenen Angaben der Erhalt von Wohnprojekten der linksalternativen Szene. Sie forderten den Erhalt von Wohnprojekten und einem Szenetreff. Seit Jahren greifen dort Autonome immer wieder Polizisten an, während der linkslastige Senat entsprechende Maßnahmen zur Räumung nicht umsetzt.

## Clan-Chef abgeschoben und illegal wieder eingereist

Das kriminelle Oberhaupt des libanesischen Miri-Clans, Ibrahim Miri, ist nach eigenen Angaben mit Hilfe von Schleppern illegal aus dem Libanon nach Deutschland eingereist, nachdem er erst im Juli abgeschoben worden war. Jetzt hat er Asyl beantragt. Der Antrag wurde bereits an die Medien weitergeleitet und per Fax bei der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt. Darin heißt es, Miri habe sich "mit Hilfe von Helfern" einen Pass verschafft und sei "heimlich über Syrien in die Türkei" eingereist. Aus der Türkei sei es ihm gelungen, "mit Hilfe von Schleppern auf dem Landweg in die Bundesrepublik Deutschland" einzureisen. Er ist damit dem Beispiel vieler anderer Migranten gefolgt, die illegal nach Deutschland kamen. Offenbar bestand schon kurz nach seiner Abschiebung die Sorge vor seiner Rückkehr. Deutschland hatte von Anfang an mehrere Länder entlang der Balkanroute sowie mögliche Transitstaaten vor dem Clan-Chef gewarnt, und um Mithilfe bei der Fahndung gebeten, sollte der Migrant wieder auf den Weg nach Deutschland machen. Miri schaffte es aber trotz verschärfter Kontrollmaßnahmen erneut nach Bremen. In Polizeikreisen ist man verwundert, wieso das Amtsgericht nicht entschieden hat, Miri nach seiner illegalen Wiedereinreise länger in Strafvollstreckungshaft zu nehmen. So war seine Haftstrafe von 6 Jahren aus 2014 kürzlich auf Bewährung ausgesetzt worden. Zwar habe die Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Inhaftierung gestellt. Jedoch entschied sich das Amtsgericht dagegen.

## Perty-Partei löst sich auf

Als Konsequenz aus dem dürrtigen Abschneiden bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen beschloss ein Parteitag im sächsischen Döben die Auflösung der Perty-Partei zum Jahresende. Damit lichtet sich das konservative Parteienfeld weiter. Inzwischen dürften auch die letzten Glücksritter gemerkt haben, dass die bestehende Auswahl an politischen Parteien den Wählern ausreicht. Wir Republikaner bieten gerne den Mitgliedern der Perty-Partei eine neue und bewährte politische Heimat an, die sich weiterhin einbringen wollen.

## Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)
**DIE REPUBLIKANER**
**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



## Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)  
Postfach 140407  
40074 Düsseldorf

## Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung  Lastschrift  jährlich  halbjährlich

**Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates** Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  Unterschrift	<b>Bezirksverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  Unterschrift	<b>Landesverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  Unterschrift	<b>Bundesverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  Unterschrift	Datum EG  EDV  Ausw.  Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.